

Hans-Wilm Schütte

## Taiwans neue Regierung

### Hintergründe, Positionen, Ziele

Mit dem Amtsantritt von Taiwans Präsident Chen Shui-bian und seiner Regierung vollzog sich erstmals ein demokratischer Machtwechsel an der Spitze eines chinesischen Staates. Gewiss übertraf die symbolische Bedeutung dieses Ereignisses die faktische deutlich, denn die Partei des neuen Präsidenten hat in der Legislative nicht die Mehrheit, und in der neuen Regierungsmannschaft geben daher Mitglieder der alten Regierungspartei KMT den Ton an. Dennoch ist nicht zu leugnen, dass diesem Machtwechsel etwas Epochales anhaftet, dass es sich für Taiwan, vielleicht auch für China insgesamt, um ein historisches Ereignis handelt, dessen Tragweite noch nicht zu übersehen ist. (Vgl. C.a., 2000/3, S.279-285)

## 1 Die DPP: Wahlsieger mit Narben

Vor allem widerfuhr denen Genugtuung, die Taiwans Demokratisierung erkämpft haben. Auch wenn die Entwicklung von der Einparteiendiktatur der KMT-Herrschaft zum modernen Mehrparteiensstaat aus der KMT heraus mitvollzogen und namentlich vom scheidenden Präsidenten Li Teng-hui mitgestaltet wurde, waren die treibenden Kräfte doch stets jene Bürgerrechtler, die unter Einsatz von Leib und Leben für die politischen Rechte des Volkes und für die allgemeinen Menschenrechte kämpften und sich 1986 zur Demokratischen Fortschrittspartei DPP zusammenschlossen.

Das Ausmaß an persönlichen Opfern, die diese Vorkämpfer der Demokratie aufbrachten, und das traumatisierende Leid, das ihnen in der KMT-Diktatur zugefügt wurde, prägen bis heute die Identität der Partei. Aufschlussreich ist hier der Blick auf einige biographische Details:

- Annette Lü (Lü Xiulian), die neue Vizepräsidentin, wurde nach dem Kaohsiung-Zwischenfall vom Dezember 1979 (vgl. C.a., 1979/12, Ü 67, sowie C.a., 1980/6, S.499-503) von einem Militärgericht wegen angeblichen Umsturzversuchs zu einer Haftstrafe von zwölf Jahren verurteilt, von denen sie fünfeinhalb abzubüßen hatte.
- Chen Shui-bian selbst, der als Rechtsanwalt durch die Verteidigung demokratischer Oppositioneller zur Politik kam, saß wegen „Verleumdung“ ein halbes Jahr im Gefängnis. Schlimmer traf es seine Frau Wu Shu-

zhen: 1985, als ihr Mann erstmals bei einer Regionalwahl (Kreis Tainan) kandidiert hatte, wurde sie zwei Tage nach der Wahl von einem Kleinlaster überrollt. Auf Grund der Tatsache, dass der Lkw sie gleich dreimal überfuhr, schien ein normaler Verkehrsunfall wenig wahrscheinlich. Auch wenn die Affäre nie aufgeklärt wurde, herrscht nicht nur in Kreisen der DPP die Überzeugung vor, dass es sich um einen Mordanschlag handelte. Wu Shuzhen überlebte zwar, ist seither aber querschnittgelähmt. Als ihr Mann bald darauf zusätzlich zu seiner Zuchthausstrafe noch eine Geldstrafe in Höhe von 2 Mio. NT\$ zu zahlen hatte, fuhr sie mit ihrem Rollstuhl durch das Land, um Geld zu sammeln. Seither stand sie immer bei Wahlkampfauftritten ihres Mannes an seiner Seite - eine publikumswirksame „rollende Anklage“ gegen die KMT-Diktatur. Sie selbst zog 1986 für die DPP in den Legislativ-Yuan ein - als Erstes an den Rollstuhl gefesseltes Parlamentsmitglied.

- Chen Chu (Chen Ju), jetzt Vorsitzende des quasiministeriellen Rats für Arbeitsfragen, wurde als eine der demokratischen Aktivistinnen der ersten Stunde 1980 ebenfalls zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Am schlimmsten traf es aber wohl Lin I-hsiung (Lin Yixiong), den amtierenden Vorsitzenden der DPP. Er zählte mit Annette Lü und Chen Chu zur Gruppe derer, die im April 1980 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Während er noch in Untersuchungshaft saß, drangen Unbekannte in seine Wohnung ein und töteten seine Mutter und seine beiden sieben Jahre alten Töchter. Die Morde wurden nie aufgeklärt. Allgemein herrscht die Überzeugung, dass sie politisch motiviert waren.

Ein großer Teil der DPP-Führungsriege hat entweder ähnliche - wenn auch nicht immer gleich grausame - persönliche Erfahrungen mit der früheren Diktatur gemacht oder politische Unterdrückung, Folter und dergleichen im Freundes- und Verwandtenkreis erlebt. Während für die KMT-Demokraten die Volksherrschaft meist etwas war, das sie sich entweder haben abtrotzen lassen oder gnädig gewährten - vielen von ihnen galt die Demokratie daher als zwar zeitgemäße, aber auch lästige Spielwiese für Nörgler -, ist das Bewusstsein, das der neue Präsident und seine Partei vom Wert der Volkssouveränität, von politischer Freiheit und der Herrschaft des Rechts besitzen, von grundsätzlich anderem Kaliber.

Die DPP ist jedoch nicht nur als Partei der Demokraten groß geworden, sondern ebenso sehr als politisches Sammelbecken der „Taiwaner“, also derjenigen, die die Herrschaft der vom Festland gekommenen KMT und ihrer Anhänger als quasi koloniale Fremdherrschaft erlebt haben. Gewiss hatte auch der nun abgelöste Präsident Li Teng-hui als KMT-Vorsitzender für eine Taiwanisierung seiner Partei gesorgt - immerhin war er selbst auch aus Taiwan gebürtig. Diese Reform der KMT-Basis jedoch war im Zuge der Demokratisierung des Staates unausweichlich geworden, und das Erstarren der „taiwanischen“ DPP hatte der KMT ihre Öffnung aufgenötigt.

Auch bei der Taiwanisierung der taiwanischen Politik waren traumatische Erfahrungen zu verdauen, hatte doch am 28. Februar 1947 ein Vorfall in Taipei, bei dem ein

Beamter einen Zivilisten erschoss, eine gegen die KMT-Herrschaft gerichtete Aufstandsbewegung ausgelöst, die rasch die gesamte Provinz erfasste und anschließend blutig niedergeschlagen wurde. Das Ereignis wurde bis Anfang der 90er Jahre tabuisiert. Auch für die Aufarbeitung dieser Geschehnisse wurde die DPP zur treibenden Kraft.

## 2 Die DPP und die Beijinger Staats- und Parteiführung

Das in traumatischen Lebenserfahrungen gegründete Wissen der DPP-Führung erklärt, weswegen diese Partei ihren politischen Kontrahenten in Beijing noch ablehnender gegenübersteht als deren alter Bürgerkriegs-Todfeind KMT: Die DPP sieht die Einparteienherrschaft der Kommunisten mit gleichem Graus wie die überwundene KMT-Herrschaft, als einen Zustand, in den Taiwan aus Respekt vor dem Leben des Volkes von Taiwan nie wieder zurückfallen darf. Für die DPP als Partei der Taiwaner ist zudem ein nach außen freies Taiwan Konsequenz und Basis der gesellschaftlichen und politischen Freiheit im Innern.

Der Werdegang der DPP und die Schicksale ihrer Führer lassen gleichzeitig erahnen, welche immensen Schwierigkeiten die Beijinger Staats- und Parteiführung mit dem Verständnis der Vorgänge in Taiwan hat. Denn in Beijing fehlt es nicht nur an grundlegendem Verständnis für das Wesen und das Funktionieren demokratischer Staaten. Nun sind in Taipei genau solche Kräfte an die Macht gekommen, wie man sie auf dem Festland bekämpft, indem sie ins Gefängnis oder Arbeitslager gesteckt oder ins Exil abgeschoben werden. Und eben diese Kräfte behaupten auch noch, für das „Volk von Taiwan“ zu sprechen! Li Teng-hui, so verhasst er war, passte als Feindbild noch bestens in den Rahmen des eigenen Koordinatensystems: ein Mann, der in der japanischen Armee gedient hatte. Chen Shui-bian dagegen hätte als Sohn eines bitterarmen Kleinbauern unter Mao noch zu den revolutionären Klassen gezählt. Da er, ungewöhnlich für einen taiwanischen Intellektuellen, nicht in den USA studiert hat, liefert er nicht einmal einen biografischen Angriffspunkt für die Behauptung, er sei nur noch äußerlich ein Chinese. Der heimliche Trost, dass Chen als DPP-Kandidat nur einen Stimmenanteil von 39% errungen hat, wird auch nicht mehr lange vorhalten, denn selbst wenn die derzeit noch glänzenden Zustimmungswerte von bis zu 80%, die Chen bei Umfragen erhält, in Zukunft wieder deutlich sinken, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die DPP bei den Wahlen zur Legislative Ende 2001 erheblich besser abschneidet als bisher. Zudem hat Chen mit seinem der KMT angehörenden Premierminister Tang Fei eine Art Regierung der nationalen Einheit gebildet, die bereits jetzt über eine sehr breite Basis im Parlament und im Volk verfügt.

## 3 Identitätsprobleme bei der DPP

Die DPP allerdings hat auch mit sich selbst Schwierigkeiten. Die klare politische Linie, die sie in der Vergangenheit mit ihrer Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum vertrat, hatte der DPP bei Wahlen auf nationaler

Ebene stets Stimmen gekostet, da die Erklärung eines unabhängigen Staates namens Taiwan China einen klaren Kriegsgrund geliefert hätte. Mit der Abkehr von diesem Kurs im Mai 1999 legte die DPP nun zwar eine Grundlage für ihren Wahlsieg, gab damit aber auch ein identitätsstiftendes Element auf. (Vgl. C.a., 1999/5, Ü 33)

Motor in der Reform des Parteiprogramms war Chen Shui-bian gewesen. Nun, nach der Wahl, stellt sich heraus, dass nicht alle seine Mitstreiter den Schwenk zu einer betont gemäßigten, ergebnisoffenen Chinapolitik mit vollziehen mochten. Zwei seiner engsten Mitstreiter, Vizepräsidentin Lü und der Parteivorsitzende Lin, erscheinen derzeit als prominenteste Fürsprecher einer noch stärker dem Unabhängigkeitsdenken verhafteten DPP-Position. Annette Lü, der an diplomatischen Formulierungen noch nie etwas lag und der die Kunst des Schweigens nicht gegeben ist, lieferte Beijing schon vor ihrem Amtsantritt Anlass zu neuen Hasstiraden und zog sich damit auch Tadel aus den eigenen Reihen zu. (Vgl. C.a., 2000/4, Ü 47) Auch nach dem 20. Mai wird sie nicht müde, sich lautstark zu sensiblen chinapolitischen Fragen zu äußern. Anfang Juni erklärte sie gar, Chen Shui-bian sei klug gewesen, sich für sie als Vizepräsidentin zu entscheiden: So könne sie für ihn den „bösen Buben“ in der Chinapolitik spielen. Ob gezielt oder aus - für einen Vizepräsidenten allerdings schon sträflicher - Ungeschicklichkeit, untergräbt sie damit die Glaubwürdigkeit der chinapolitischen Linie Chen Shui-bians. Dessen Büro wies Lüs Darstellung sofort entkräftet zurück. ([www.taibeitimes.com](http://www.taibeitimes.com), 11.6.00)

Auch dem DPP-Parteivorsitzenden Lin Yi-hsiung sind die möglichen Konsequenzen des Wahlsieges nicht geheuer. Angesichts der Tatsache, dass die wenigsten der neuen Regierungsmitglieder der DPP angehören, erklärte er, die DPP würde Chen auffordern, Minister zu entlassen, die eine konkrete Wiedervereinigungspolitik verfolgten. (SCMP, Internetausgabe, 6.5.00)

## 4 Neuer Präsident in der Zwickmühle

Chen Shui-bian sieht sich daher einer Integrationsaufgabe gegenüber, die der Quadratur des Kreises gleicht. Dass Parteiführer, die erstmals staatliche Verantwortung übernehmen, in einen Konflikt mit ihrer Parteibasis und deren hochgespannten Erwartungen zu geraten drohen, ist an sich nichts Ungewöhnliches. Chen allerdings steckt bei alledem auch noch in einer außen- bzw. chinapolitischen Zwickmühle von schicksalhafterem Zuschnitt. Fasst man nur die wichtigsten Aspekte zusammen, so muss er

- erstens auf Grund staatlicher Sicherheitserwägungen China signalisieren, dass er dessen Wiedervereinigungsbestreben gegenüber zumindest offen ist,
- zweitens seinen DPP-Anhängern klarmachen, dass er keineswegs eine Wiedervereinigung anstrebt,
- sich drittens als Präsident aller Bürger Taiwans ausweisen, um seine Legitimationsbasis vor allem gegenüber China zu stärken,
- viertens aber auch den Erwartungen der Wählerschaft gerecht werden, die den politischen Filz und die Politikmafiaformen der KMT-Ära beseitigt wissen will,

womit er sich der KMT-Unterstützung in der Legislative zu berauben droht, die er braucht, um politisch überhaupt etwas zu bewegen.

Erste Aufschlüsse darüber, wo und wie Chen hier Prioritäten setzen würde, lieferte seine Antrittsrede.<sup>1</sup>

## 5 Chen Shui-bians Antrittsrede

Selten fand die Amtseinführung eines chinesischen Politikers solche internationale Beachtung wie diejenige Chens Shui-bians am 20. Mai. Der Hauptgrund hierfür war freilich externer Natur: Die Regierung der VR China hatte im Vorwege wieder einmal mit schlimmen Konsequenzen gedroht, falls die neuen „Autoritäten“ - so Beijings Formel, um Tabuworten wie „Regierung“ oder „Präsident“ aus dem Wege zu gehen - das Ein-China-Prinzip ablehnten. Auch wenn sich in die Kriegerhetorik vorsichtige mildere Töne mischten, blickte die Weltöffentlichkeit doch erneut besorgt zur Taiwan-Straße als einen Krisenherd von potenziell äußerst gefährlicher Brisanz.

Besonders aufmerksam wurde in Washington auf die Formulierungen in Chens Antrittsrede geachtet. Taiwans heimliche Schutzmacht, deren Beziehungen zur Volksrepublik China nie unverkrampft sind, musste jede Äußerung zuwiderlaufen, die in Beijing mehr als unvermeidlich Missfallen hätte erregen können. Im Weißen Haus durfte man am Tag der Amtseinführung allerdings vor unliebsamen Überraschungen sicher sein, denn Clinton hatte schon im April seinen früheren Sicherheitsberater Anthony Lake zu Chen Shui-bian geschickt, und dies war nicht der einzige Kontakt zwischen beiden Seiten im Vorfeld von Chens Amtsübernahme gewesen. (CNAT, nach SWB, 26.4.00)

Für die Taiwaner selbst verknüpft sich der epochal zu nennende Machtwechsel mit einem ganzen Bündel unterschiedlicher Erwartungen, von denen hier nur einige zu nennen sind:

- als Wichtigstes eine saubere Politik, sowohl im Sinne einer grundlegenden Abkehr von der Korruptions- und Pfründenpflege, wie sie sich unter der jahrzehntelangen Herrschaft der alten Regierungspartei Kuomintang (KMT) eingebürgert hatte, als auch im Sinne der juristischen Aufarbeitung dessen, was die KMT-„Filzokratie“ hinterlassen hat,
- eine stärker ökologisch orientierte Politik sowie eine neue Energiepolitik weg von der Kernkraft,
- eine stärker sozial orientierte Politik, die die bisherigen extremen Einkommensunterschiede mildert,
- eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von bislang noch 48 auf 40 Stunden,
- eine Stärkung von Taiwans internationaler Präsenz,
- eine Liberalisierung der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen mit China.

Gleichzeitig wurde für bestimmte Bereiche eher Kontinuität erwartet, so vor allem in der Sicherheitspolitik.

Der designierte Präsident hatte bereits angekündigt, dass seine Antrittsrede keine konkreten Ankündigungen enthalten werde. Was hatte er zu sagen?

<sup>1</sup>Englischer Wortlaut s. [http://th.gio.gov.tw/pi2000/dow\\_2.htm](http://th.gio.gov.tw/pi2000/dow_2.htm), chinesischer Wortlaut s. [http://www.dpp.org.tw/d\\_news/center/abian000520.htm](http://www.dpp.org.tw/d_news/center/abian000520.htm).

In der Tat erwies sich die Rede als sorgsam austarierte Komposition, die dennoch wie aus einem Guss wirkt und die Überzeugung vermittelt, dass der Redner hinter dem steht, was er sagt. Hervorzuheben sind folgende Aspekte:

### 5.1 Taiwans Identität als demokratisches Staatswesen und das Volk von Taiwan

Chen Shui-bian würdigt die taiwanische Wählerschaft und seine spezielle Anhängerschaft gleichermaßen, indem er auf die taiwanische Demokratie als kostbare Errungenschaft und das Epochale des Machtwechsels hinweist; dabei spielt er mehrfach auf den an persönlichen Opfern reichen Kampf gegen die Diktatur an bzw. würdigt den Einsatz der Vorkämpfer für die Demokratie explizit. Dieses Bündel von Aspekten zieht sich in verschiedenen Variationen wie ein roter Faden durch die Antrittsrede und fungiert gleichsam als Klammer für den restlichen Inhalt. So heißt es anfangs:

Am Beginn des 21. Jahrhunderts hat das taiwanische Volk mit einer demokratischen Wahl einen historischen Machtwechsel vollendet. ... Wir sind hier heute zusammen gekommen, nicht nur um die Amtseinführung zu feiern, sondern auch um den schwer erkämpften Wert der Demokratie und den Beginn einer neuen Ära zu erleben. ... Die Wahl zum zehnten Präsidenten der Republik China hat der Welt klar vor Augen geführt, dass die Früchte von Demokratie und Freiheit nicht leicht zu erlangen sind. ...

Unter Rückgriff auf dieses Leitthema schließt die Rede in etwas pathetischer Weise mit den Worten:

Verehrte Landsleute, dieser großartige Augenblick gehört allen Menschen. Alle Gunst gebührt Taiwan unserer ewigen Mutter. Lasst uns gemeinsam unsere Dankbarkeit auf die Erde und den Respekt auf das Volk ausdehnen.  
Lang leben Freiheit und Demokratie!  
Lang lebe das Volk von Taiwan!  
Beten wir für das Gedeihen der Republik China, für die Gesundheit und Glückseligkeit aller Landsleute und Ehren Gäste!

Mit dem „Volk von Taiwan“ und der Titulierung Taiwans als „ewiger Mutter“ bezieht Chen eindeutig Stellung, dass er einzig dem Wohle Taiwans verpflichtet ist. Mit der Betonung der demokratischen Errungenschaften begründet er dabei eine neue taiwanische Identität. Das neue Selbstvertrauen unterstreicht er im ersten Teil der Rede mit einer dreifachen Sentenz, die wie ein Appell wirkt:

Taiwan erhebt sich, indem es unbeirrbar Rationalität und Glauben an Demokratie zeigt.  
Taiwan erhebt sich, indem es das Selbstvertrauen des Volkes und die Würde des Staates repräsentiert.  
Taiwan erhebt sich, indem es das Streben nach Hoffnung und die Verwirklichung der Träume versinnbildlicht.

### 5.2 Taiwans Demokratie als Modell

Das Identitätsstiftende der taiwanischen Demokratie verstärkt Chen in seiner Rede noch dadurch, dass er sie als Modell bezeichnet. So heißt es in Bezug auf den Machtwechsel:

Das ist nicht nur das erste Mal in der Geschichte der Republik China, sondern auch ein epochemachender Meilenstein für die chinesischen Gemeinschaften auf der ganzen Welt. Taiwan bietet nicht nur ein neues Modell für die asiatische Demokratieerfahrung, sondern ein bewegendes Beispiel für die dritte Welle der Tendenz zur Demokratie in der ganzen Welt.

Wenn Chen im weiteren Verlauf der Rede schließlich auf das Thema des Verhältnisses zu China zu sprechen kommt, spitzt er diese Aussage noch zu. Während er sich vor den Führern der Volksrepublik China rhetorisch verbiegt, zeigt er ihnen im Spiegel Taiwans sogleich ihr größtes Manko:

Unter der Führung von Deng Xiaoping und Jiang Zemin hat das Festland ein Wunder der wirtschaftlichen Offenheit geschaffen. In Taiwan haben wir im Laufe eines halben Jahrhunderts nicht nur ein Wirtschaftswunder geschaffen, sondern auch das politische Wunder der Demokratie.

Dieses „politische Wunder“, das dem Volk von Taiwan Frieden und Freiheit geschenkt hat, gibt diesem - auch wenn Chen dies nicht explizit sagt - Grund für einen eigenen, neu definierten Nationalstolz, der auf den politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahre und Jahrzehnte basiert, nicht aber - zumindest nicht in erster Linie - auf den chinesischen Kulturtraditionen. Vor allem im Politischen macht Chen dies sehr klar:

„[Der Machtwechsel ist] die Rückgabe der Macht des Staates und der Regierung an das Volk nach einem demokratischen Prozess. Das Volk ist der wahre Herr des Staates, der niemals Besitz einer Einzelperson oder einer politischen Partei sein kann. Vom Staatsoberhaupt bis zur Beamtenschaft ist der Staat für das ganze Volk da und dient allen Bürgern.“ Das patrimoniale Herrschaftsmodell, wie es dem Konfuzianismus entsprach, wie es die KMT pflegte und die Kommunistische Partei immer noch pflegt, ist damit endgültig passé.

### 5.3 Der Versöhnungsgedanke

Chen fährt im Anschluss an das letzte Zitat fort: „Der Wechsel der politischen Partei bedeutet nicht, dass man die Vergangenheit in Bausch und Bogen ablehnt. Bei der Bewertung der Beiträge der früheren Machthaber sollten wir Fairness walten lassen,“ und in diesem Sinne würdigt Chen auch die Leistungen seines Amtsvorgängers Li Teng-hui.

Der Gedanke einer notwendigen Versöhnung mit der Vergangenheit im Hinblick auf die Gestaltung der Zukunft wird von Chen sodann weiter ausgeführt: „Nach unserer Überzeugung ist das Ende einer Wahl der Beginn der Versöhnung. Nachdem über den emotionalen Wahlkampf der Vorhang gefallen ist, sollte sich Vernunft durchsetzen. Unter den höchsten Prinzipien von nationalen Interessen und dem Wohlergehen des Volkes sollten in Zukunft sowohl alle Machthaber als auch die Opposition ihre Pflichten gegenüber dem Volk erfüllen sowie die Ideale des fairen Wettkampfes in der Parteipolitik und die Ideale der Kontrollmechanismen der demokratischen Politik anerkennen.“

Auch hierin, im Umgang mit dem politischen Gegner,

hat die neue taiwanische Demokratie als ein neues Herrschaftsmodell zu gelten, das sich von den gewaltsamen Formen des Umgangs mit unliebsamen Gegnern, wie sie in der Vergangenheit - und auf dem Festland - gepflegt wurden bzw. werden, klar absetzt. Gleichzeitig gibt es zu Chens Versöhnungsgedanken natürlich noch einen pragmatischen Aspekt: Er regiert mindestens noch bis Ende 2001 gegen eine KMT-Mehrheit. So heißt es denn auch explizit: „Indem wir staatliche Interessen über Parteiinteressen stellen, sollten wir den Willen des Volkes stärken und zur Förderung der Entwicklung des Landes und Reformen nach Konsens zwischen der herrschenden Partei und den Oppositionsparteien streben.“

### 5.4 Herrschaft für das ganze Volk

Chens Versöhnungsgedanke hängt zusammen mit einem ähnlichen zweiten: Er fordert den „Geist der Regierung für das ganze Volk“. Konkret heißt dies: „Die Regierung sollte auf der Grundlage der Mehrheitsmeinung regieren. Die Interessen des Volkes stehen absolut über den Interessen jeder politischen Partei oder Einzelperson.“

Dies mag sich nach einer Demokratie der Demoskopen anhören, zielt aber tatsächlich gegen den Politikstil, wie ihn die KMT in der Vergangenheit pflegte. Mit deren Pfründenwirtschaft soll es nun ein Ende haben, zudem soll auch die Parteiloyalität gegenüber den gemeinsamen Aufgaben zurückstehen. Dabei fängt Chen bei sich selbst an:

Ich war immer stolz darauf, Mitglied der Demokratischen Fortschrittspartei zu sein, aber von dem Augenblick an, in dem ich den Amtseid ablege und die Präsidentschaft an trete, werde ich meine ganze Kraft der Erfüllung meiner Rolle als Präsident des ganzen Volkes widmen. Bei der Bildung der neuen Regierung setzen wir Leute gemäß ihren Talenten ein und diskriminieren sie nicht auf Grund ihres ethnischen Hintergrundes, ihres Geschlechts oder ihrer Parteizugehörigkeit. Der politische Aufbau jeder Art soll in Zukunft auf das Wohlergehen des Volkes ausgerichtet sein.

Diese Vorstellung einer parteiübergreifenden und sich von Parteiinteressen fern haltenden Zusammenarbeit reflektiert natürlich ebenfalls die Sitzverteilung im Parlament. Chen selbst verschafft sich dadurch aber auch den nötigen Freiraum für Entscheidungen, die seiner Partei womöglich nicht genehm sind oder dem Programm der DPP gar ausdrücklich widersprechen. An derartigen strittigen Themen gibt es etliche. Hierauf wird unten zurückzukommen sein.

### 5.5 Die Herrschaft der Ehrenhaften und Aufrechten und der Kampf für eine saubere Politik

Der Versöhnungsgedanke und die allgemein geforderte Rücksichtnahme auf die KMT-Majorität im Parlament könnten den Eindruck erwecken, dass die neue Regierung darauf verzichten möchte, die Hinterlassenschaft der KMT-„Filzokratie“ aufzuarbeiten. Dies entspricht jedoch keineswegs Chens Absicht. Er propagiert stattdessen eine „Herrschaft durch die Ehrenhaften und Aufrechten“, einen Gedanken, den er auch schon im Wahlkampf vorgetragen

hatte. Mit anderen Worten: Chen setzt auf ein Bündnis mit solchen Männern und Frauen aus anderen Parteien bzw. auch von Parteilosen, die durch das bisherige System nicht korrumpiert wurden und sich zudem durch ihre „Talente“ (Chen) empfehlen.

So weit bisher zu erkennen, scheint es Chen tatsächlich gelungen zu sein, eine Regierungsmannschaft zusammenzubringen, die diesem Anspruch genügt. Das Kabinett unter Ministerpräsident Tang Fei, der selbst der KMT angehört, weist jedenfalls viele angesehene Namen auf, darunter frühere Präsidentenberater. In den Medien und in der Öffentlichkeit stieß die Kabinettsliste ebenfalls auf Zustimmung.

Das erstrangige Ziel der „Herrschaft durch die Ehrenhaften und Aufrechten“ ist, mit dem so genannten Schwarzgeld aufzuräumen, also dem Einfluss der organisierten Kriminalität auf die Politik, ebenso das Problem des Stimmenkaufs auszumerzen.

Mit diesem Satz leitet Chen den mehr politisch-programmatischen Teil seiner Antrittsrede ein. Entsprechend der Erwartung in der Bevölkerung, die der KMT bei der Präsidentenwahl massenhaft den Rücken kehrte, sieht Chen in der Durchsetzung des demokratischen Gleichheitsideals, dem die Herrschaft des Geldes unter dem KMT-Imperium bislang zuwiderlief, das wichtigste Anliegen seiner Herrschaft. „Durch den Stimmenkauf“, so Chen weiter, „ist die Entwicklung der Demokratie in Taiwan besudelt worden.“

## 5.6 Reform politischer Strukturen

An zweiter und dritter Stelle spricht Chen die Notwendigkeit an, Taiwans politische Strukturen zu reformieren. „Das Zeitalter der 'großen und fähigen' Regierungen ist nun vorbei, stattdessen kommt eine 'kleine und effiziente' Regierung, die eine partnerschaftliche Beziehung mit dem Volk aufbaut,“ heißt es dazu. Chen setzt demnach auf eine schlanke Verwaltung. Signale dafür hat er bei der Regierungsbildung noch nicht gegeben.

Der zweite Aspekt der politischen Strukturreformen betrifft „partnerschaftliche Beziehungen“, die auch zwischen der Zentrale und den regionalen Verwaltungseinheiten aufgebaut werden sollten. „Wir wollen den Geist der lokalen Autonomie verwirklichen, wobei die lokalen Verwaltungen und die Zentralregierung Ressourcen und Ressorts teilen und 'die Zentralregierung nichts tun wird, was die Lokalverwaltung selbst tun kann'.“

## 5.7 Wirtschaft, Ökologie, Bildung und Lebensqualität

Wirtschaftsförderung und Wahrung der Umwelt liegen auch in Taiwan im Wettstreit miteinander, wobei traditionell ökonomische Argumente stets schwerer wogen als ökologische.

Chen versucht in seiner Rede, beide Ziele miteinander zu vereinbaren, indem er sie gleichzeitig in einen größeren struktur- und bildungspolitischen Rahmen einordnet. Er erklärt hierzu: „Im Hinblick auf ein Gleichgewicht zwischen ökologischer Bewahrung und wirtschaftlicher Entwicklung werden wir Taiwan zu einer tragfähigen Öko-

High-Tech-Insel entwickeln.“ Hierbei sieht er die Rolle der Regierung „nicht notwendigerweise [als] die eines Führers oder Managers“. „Im Gegenteil: Sie sollte ein Unterstützer und Dienstleistungsanbieter sein, wie es die privaten Unternehmen erwarten.“ Der Staat solle sich also nach neoliberaler Manier aus dem heraushalten, was die Wirtschaft besser kann. In diesem Punkt ist bei Chens Ansatz durchaus eine verstärkte Abkehr von der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit zu konstatieren, für die die Staatsmonopole eine tragende Rolle spielten, auch wenn die Deregulierung und Privatisierung ehemaliger staatlicher Sektoren (Telekommunikation, Energieversorgung, Banken) bereits begonnen hat.

Industriepolitisch erkennt Chen, dass sich Taiwan „angesichts der Auswirkungen der sich schnell wandelnden Informationstechnologie und Liberalisierung des Handels ... in Richtung einer auf Bildung basierenden Wirtschaft bewegen“ muss. Daraus ergeben sich bildungspolitische Konsequenzen: „Talent ist die Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, während Bildung ein langfristiger Plan für die Investition in das geistige Potenzial der Bevölkerung ist.“ Die Regierung werde Taiwan daher schrittweise in die Richtung einer „bildungsorientierten Gesellschaft“ mit Ermutigung zu ständiger Weiterbildung lenken.

Eine Botschaft in Bezug auf eine stärkere internationale Marktöffnung Taiwans enthält die Rede nicht. Im Hinblick auf die - ebenfalls nicht erwähnte - zukünftige WTO-Mitgliedschaft Taiwans mag Chen die Internationalisierung und weitere Liberalisierung des Marktzugangs allerdings für eine Selbstverständlichkeit gehalten haben.

Chens Leitbild bei Wirtschafts- und Strukturpolitik ist das „Recht auf Lebensqualität“. Die daraus abgeleiteten Anforderungen an den Staat gehen über den wirtschafts- und strukturpolitischen Bereich hinaus: „Die Regierung muss Lösungen für alle Fragen im Zusammenhang mit dem Leben der Menschen bieten können, etwa gesellschaftliche Ordnung, soziale Wohlfahrt, Umweltschutz, Raumplanung, Abfallentsorgung, Gewässerreinigung, Verbesserung des Verkehrs, Städtebau und andere. Außerdem muss sie diese Lösungen sorgfältig realisieren.“ Die Verbesserung des Umweltschutzes zählt Chen neben der Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung zu den zwei in Hinsicht auf die Lebensqualität dringendsten Aufgaben. Demnach dürfte sich der taiwanische Staat in Zukunft von wirtschaftlichen Lenkungs- und Regulierungsaufgaben zurückziehen, jedoch ein schärferes Umweltrecht durchsetzen.

## 5.8 Justizreformen

Im Hinblick auf ein „unparteiisches, unabhängiges Rechtssystem ... haben wir bei unserer Rechtsreform noch einen langen Weg vor uns“, konstatiert Chen. Die Integrität der Justiz sei dabei „eine eiserne Verteidigungslinie für demokratische Politik und soziale Gerechtigkeit“. Konkretere Angaben macht Chen hierzu nicht, es ist jedoch klar, dass auch in diesem Bereich die Verfilzung aus der KMT-Ära einer Aufarbeitung bedarf.

## 5.9 Taiwanische Kultur

In der Pflege taiwanischer Kultur, „sei es Lokalkultur, Massenkultur oder Hochkultur“, sieht Chen ein besonderes Anliegen für die Zukunft. Dabei gelte es, einer „Fülle unterschiedlicher kultureller Elemente“ gerecht zu werden, denen man sich „mit Toleranz und Respekt [zu] öffnen“ habe. Chen spielt hier vor allem auf die jahrzehntelang unterdrückte und belächelte Kultur der Ureinwohner an. Die Öffnung in Toleranz und Respekt solle jedoch auch gegenüber „den Kulturen der chinesischsprachigen Gemeinschaften und anderen Kulturen der Welt“ erfolgen. Chen erkennt demnach den Bedarf, ein neues taiwanisches Selbstbewusstsein auch kulturell zu stärken, ohne dabei jedoch die internationale Orientierung und die chinesischen Bezüge zu verlieren.

## 5.10 Erdbebenhilfe und Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach dem großen mitteltaiwanischen Erdbeben vom 21. September 1999 ist politisch kaum kontrovers. Chen betont hier die Entschlossenheit der neuen Regierung, die Schäden zu beseitigen.

## 5.11 Taiwans internationale Rolle und die Menschenrechte

Taiwans Außenpolitik hatte sich in der Vergangenheit durch die hartnäckigen Versuche ausgezeichnet, mehr diplomatische Anerkennung zu erringen und möglichst wieder in die UNO oder in die eine oder andere ihrer Unterorganisationen zurückzukehren. Dies war jedoch regelmäßig am vorhersehbaren Einspruch Chinas gescheitert.

Auch wenn Chen in seiner Antrittsrede auf die bisherige Politik nicht direkt eingeht, deutet sich doch an, dass unter seiner Ägide das fruchtlose Anrennen gegen den chinesischen Alleinvertretungsanspruch auf internationalem Parkett nicht länger fortgeführt wird. Dafür will die neue Regierung ihre Aktivitäten lieber aussichtsreichen Zielen widmen, denn es heißt hierzu: „Zusätzlich zur Stärkung der bestehenden Beziehungen mit befreundeten Nationen wollen wir aktiv in internationalen nichtstaatlichen Organisationen aller Art mitarbeiten. Durch humanitäre Hilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kulturaustausch und verschiedene andere Methoden werden wir uns aktiv an internationalen Angelegenheiten beteiligen, Taiwans Existenzraum auf der internationalen Bühne erweitern und zum Wohl der Weltgemeinschaft beitragen.“ Taiwans Stärke soll daher auf anderem Wege als auf dem der - meist durch Wirtschaftshilfe erkaufenen - diplomatischen Anerkennung zur Geltung kommen.

Diesem Ziel dient auch die Bereitschaft der neuen Regierung, „einen aktiveren Beitrag zum Schutz der internationalen Menschenrechte zu versprechen.“ Um sich auf diesem Gebiet stärker zu profilieren, möchte Taiwan die internationale Erklärung der Menschenrechte „als im Inland verbindliches Gesetz für Taiwan ... verabschieden“. Um Taiwan beim Schutz der Menschenrechte zu unterstützen, wird zudem die Zusammenarbeit mit der Internationalen Juristenkommission und mit Amnesty International angestrebt.

Besonders der letzte Punkt ist deutliches DPP-Gedankengut. Die Menschenrechtsidee hatte im Zentrum ihres Kampfes für Freiheit und Demokratie gestanden, und die aus politischen Gründen einsitzenden DPP-Mitglieder hatten davon profitiert, dass Amnesty International ihre Fälle der Weltöffentlichkeit bekannt machte.

## 5.12 Friedens- und Chinapolitik

Chen beginnt diesen international mit besonderer Spannung erwarteten Teil seiner Ausführungen mit einer Warnung vor dem Krieg und verbindet diese mit einem Blick auf die leidvollen chinesischen Erfahrungen, die die Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße teilen:

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns eine wichtige Lektion erteilt, nämlich dass Krieg ein Versagen der Menschlichkeit ist. Ganz gleich, aus welchem anmaßenden Grund oder zu welchem Zweck er vom Zaun gebrochen wurde, Krieg richtet bei Freiheit, Demokratie und Menschenrechten die größten Schäden an.

Seit über einhundert Jahren musste China imperialistische Aggressionen hinnehmen, die in seiner Geschichte unauslöschliche Wunden hinterlassen haben. Taiwans Schicksal war sogar noch schwerer: Taiwan wurde brutaler Gewalt und kolonialer Herrschaft unterworfen. Diese ähnlichen historischen Erfahrungen sollten den Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße ein besseres gegenseitiges Verstehen ermöglichen und eine solide Grundlage für ein gemeinsames Streben nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten schaffen.

Noch einmal kommt er auf Gemeinsamkeiten zu sprechen: „Die Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße haben die gleichen Vorfahren und den gleichen kulturellen und historischen Hintergrund.“ Dem steht jedoch eine andere historische Erfahrung gegenüber: „Wegen langer Perioden der Trennung haben beide Seiten ... äußerst verschiedene politische Systeme und Lebensweisen entwickelt, wodurch das gegenseitige Einfühlungsvermögen und die Freundschaft der Völker beider Seiten behindert und sogar eine Mauer von Trennung und Konfrontation aufgebaut wurde.“

Nachdem Chen das von der Gegenseite formelhaft wiederholte „eine China“ einerseits mit historischem Inhalt gefüllt, andererseits aber auch für einen verständnisvollen Blick auf die Unterschiede geworben hat, fährt er fort:

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist es heute für beide Seiten an der Zeit, die Feindseligkeit aus der alten Zeit abzulegen. Wir brauchen nicht länger zu warten, denn jetzt ist für beide Seiten die neue Gelegenheit da, gemeinsam eine Ära der Versöhnung zu gestalten. ... Während man die Prinzipien von Demokratie und Gleichberechtigung aufrechterhält, auf den bestehenden Fundamenten aufbaut und durch guten Willen Bedingungen für Zusammenarbeit schafft, besitzen die Führer beider Seiten nach unserer Auffassung genügend Weisheit und Kreativität, um sich gemeinsam mit der Frage eines zukünftigen „einen China“ zu befassen.

Das ist es, das von dem „einen China“, das die Beijinger Führer mit Kriegsdrohung zu erpressen trachten, aber es

ist beschränkt auf eine mögliche Zukunft, die es mit „Weisheit und Kreativität“ zu gestalten gilt. Als demokratisch gewählter Präsident eines Staatswesens gibt Chen hier, so viel er kann, und wahrt die Grenze, die er aus Respekt vor dem Volk, das ihn gewählt hat, und vor der Gesellschaft, die er nach außen hin vertritt, wahren muss. Dabei ist es bezeichnend für ihn, dass seine Rede nicht einen Satz zur zukünftigen Gestaltung von Taiwans militärischer Sicherheit und zum Verhältnis zur heimlichen Schutzmacht USA enthält. Chen beschwört gegenüber China vielmehr einen Frieden, in dem sich Rüstungs- und Kriegsbeistandsüberlegungen erübrigen.

Um mögliche Missverständnisse und Ängste hinsichtlich seiner zukünftigen Chinapolitik auszuräumen, fügt Chen noch eine Garantieerklärung an die Adresse Beijings an: „[Ich erkläre,] dass ich während meiner Amtszeit nicht die Unabhängigkeit erklären, den Staatsnamen nicht in Frage stellen, nicht auf eine Aufnahme der so genannten 'zwischenstaatlichen Theorie' [Li Teng-huis] in die Verfassung drängen und kein Referendum zur Änderung des Status quo im Hinblick auf die Frage Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung fördern werde, solange die kommunistische Regierung des Festlandes nicht mit militärischer Gewalt gegen Taiwan vorgeht. Außerdem wird eine Abschaffung des Nationalen Vereinigungsrates oder der Richtlinien für die Nationale Wiedervereinigung nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.“

Schließlich hält Chen für seine Beijinger Kontrahenten noch einen Rat bereit, bei dem er sich in rhetorisch feinsinniger Weise auf die gemeinsamen kulturellen Wurzeln beruft: Er zitiert zwei Herrschaftsweisheiten des Konfuzius. Die Passage lautet im Zusammenhang:

„Die Geschichte hat gezeigt, dass Krieg nur Hass und Feindseligkeit erzeugt, was der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen keinerlei Nutzen bringt. Chinesen betonen den Unterschied zwischen Staatskunst [wang, an sich: Königtum] und Hegemonium [ba], sie glauben an die Philosophie, wonach eine Regierung durch Güte 'die Nahen erfreut und die Fernen herbeilockt', und dass sie die 'fern Stehenden, die sich nicht unterwerfen, mit Kultur und Tugend anzieht'. Diese chinesische Weisheit wird auch im neuen Jahrhundert immer ihren allgemein gültigen Wert behalten.“ Die Beijinger Regierung hatte in der Vergangenheit schon reichlich Gelegenheit, sich darüber klar zu werden, dass sie sich Taiwan durch ihre Gutsherrenmentalität und ihre Drohgebärden immer weiter entfremdet. Nun erteilt ihr ausgerechnet der Präsident des Feindstaates einen dezenten Rat, wie sie es besser machen könnte.

### 5.13 Die Antrittsrede: zusammenfassende Kritik

Trotz stellenweise etwas dick aufgetragenem Pathos hat Chen Shui-bian mit seiner Antrittsrede die ihm gestellte Aufgabe glänzend gelöst. Unter Berücksichtigung verschiedener Interessen und Traditionen in der Bevölkerung entwarf er darin das Bild einer neuen, demokratisch geprägten taiwanischen Identität. Dabei blieb er der Tradition seiner Partei, der DPP, als Vorkämpferin für Freiheit und Menschenrechte treu und führte sie mit den anderen Traditionen Taiwans zusammen. Indem er das

Recht auf Lebensqualität und die Notwendigkeit betonte, mit den dunklen Hinterlassenschaften der KMT-Ära aufzuräumen, benannte er zwei Eckpfeiler der zukünftigen Politik seiner Regierung. Gegenüber China schlug er einen überaus verbindlichen Ton an und zeigte, ohne auf unabdingbare Grundpositionen seinerseits zu verzichten, ein so großes Entgegenkommen, dass die Gefahr einer militärischen Konfrontation damit einstweilen gebannt sein sollte.

Wie viel der Rede bloße Rhetorik bleibt, lässt sich derzeit noch nicht absehen. So viel allerdings ist klar: Trotz der großen Zustimmung, die Chen in der Bevölkerung findet, und trotz der momentanen Schwäche der KMT, die noch dabei ist, ihre Wunden zu lecken, wird Chen gegen erhebliche Widerstände anzukämpfen haben, und zwar nicht nur im Kabinett selbst, in dem es mehr KMT- als DPP-Mitglieder gibt, sondern auch im Parlament, am meisten aber wohl in der Administration aller Verwaltungsebenen, wo die von der KMT begünstigten Pfürndeninhaber sitzen.

Viele konkrete Fragen ließ Chen mit seiner Rede ohnehin offen. Im Hinblick auf die Chinapolitik betraf dies beispielsweise die Einrichtung von direkten Verkehrs-, Kommunikations- und Handelsverbindungen („drei Direktverbindungen“) sowie die Frage, ob die Restriktionen für taiwanische Firmen gelockert werden sollen, durch die deren Investitionen auf dem Festland limitiert werden. Auch Etliches, das den Taiwanern - oder zumindest einigen von ihnen - auf den Nägeln brennt, sprach er nicht an. Im Folgenden sollen daher vier aktuelle Politikthemen noch einmal separat behandelt werden. Dabei werden auch die Positionen, die seine neuen Regierungsmitglieder vertreten, berücksichtigt werden.

## 6 Investitionspolitik gegenüber China

Um Taiwan davor zu bewahren, erpressbar zu werden, hatte Chen Shui-bians Amtsvorgänger Li Teng-hui vor fünf Jahren Beschränkungen eingeführt: Taiwanische Firmen dürfen seither maximal 40% ihres Kapitals in der VR China investieren, und das einzelne Investitionsvorhaben darf ohne spezielle Genehmigung ein Volumen von 50 Mio. US\$ nicht überschreiten. Die Hoffnung taiwanischer Wirtschaftskreise, diese Restriktionen gemildert oder vielleicht gar aufgehoben zu sehen, richtete sich auch auf Chen Shui-bian, der eine Intensivierung der Chinakontakte befürwortet.

Viel dürfte sich jedoch einstweilen nicht ändern. Einer der „Architekten“ der bestehenden Regelung war Chen Po-chih (Chen Bozhi), der jetzt zu den Beratern Chen Shui-bians zählt und den bedeutenden Rat für Wirtschaftsplanung und Entwicklung (Council of Economic Planning and Development, CEPD) leitet, auf dessen Expertise sich die Wirtschaftspolitik stützt. Chen erklärt zwar, er stehe einer Deregulierung in diesem Bereich durchaus aufgeschlossen gegenüber; beispielsweise könnten gewisse Bereiche von den Beschränkungen ausgenommen werden, und einzelne Firmen könnten mit Ausnahmeregelungen rechnen, falls eine Investition auf dem Festland ihnen zur weltweiten Marktführerschaft verhülfe. Ei-

ne pauschale Aufhebung der Restriktionen käme jedoch nicht in Frage, und Erleichterungen hingen vom Entgegenkommen Beijings ab. Bis auf ein paar mehr kosmetische Korrekturen bleibt daher vermutlich vorerst alles beim Alten. (FT, 2.5.00; SCMP, Internetausgabe, 22.5.00) Auch in Bezug auf die Einrichtung der „Drei Direktverbindungen“ äußerte sich Chen Po-chih ähnlich zurückhaltend. (CNAT, nach SWB, 8.5.00)

## 7 Finanzpolitik: Bankenzusammenbrüche

Der designierte Finanzminister Shea Jia-dong (Xu Jia-dong) und Präsident Chen Shui-bian nahmen in der Woche vor dem Regierungswechsel nahezu diametral entgegengesetzte Positionen zu der Frage ein, ob der Staat vom Zusammenbruch bedrohten Banken beistehen und sie möglichst retten sollte - dies die Ansicht des Präsidenten - oder ob den Marktmechanismen freier Lauf gewährt werden sollte - dies die Position des Finanzministers. Shea schränkte zwar ein, dass ein Zusammenbruch dann zu verhindern sei, wenn Gefahr für das gesamte Finanzsystem drohe, befand jedoch, eine Bank, die sich selbst in den Ruin gewirtschaftet habe, müsse geschlossen werden. Chen Shui-bian hingegen sah die Schließung einer Bank nur dann als Ausweg an, falls es keine Möglichkeit zur Rettung mehr gebe. Auf den Widerspruch zur Meinung des Finanzministers angesprochen, erklärte Chen, eine einheitliche Politik in dieser Frage werde formuliert, sobald sich die neue Regierung konstituiert habe.

Bereits jetzt zeichnet sich in dieser Frage jedoch ein Kompromiss ab: Solange das Einlagensicherungssystem noch nicht seine volle Leistungsfähigkeit erlangt hat, wird der Staat im Interesse der Bevölkerung den Zusammenbruch einer Bank möglichst zu verhindern haben. Ehe die liberale - von Experten befürwortete - Politik Sheas umgesetzt werden kann, werden demnach noch etliche Jahre vergehen. (www.taipeitimes.com, 12. und 17.5.00; vgl. Übersicht zum Bankenskandal in diesem Heft)

## 8 Verbrechensbekämpfung und Todesstrafe

Mit dem neuen Justizminister Chen Ding-nan hat sich Chen Shui-bian einen passenden Hardliner zugelegt, der schon jetzt als „Mr. Clean“ bekannt ist. Chen Ding-nan gehört - wichtig für seinen Posten - der DPP an, steht also nicht im Verdacht, Teil des KMT-Filzes zu sein, den zu bekämpfen seine Hauptaufgabe ist. „Die Regierung erklärt heute der Politik des Schwarzen Goldes und dem Stimmenkauf den Krieg“, erklärte er bei seinem Amtsantritt.

Es wird keine leichte Aufgabe werden, denn seine Gegner sind nach wie vor einflussreich und mächtig, sie bilden ein schwer zu durchdringendes Netzwerk, und sie sitzen auch in den Behörden, die er leitet. Chens persönliche Integrität wirkt im Kampf gegen die mafiosen Politstrukturen gleichzeitig als Hemmschuh: Der Justizminister ist Außenseiter. Sich gegen die KMT-Mehrheit im Parlament

durchzusetzen, wird für ihn besonders schwer, wenn nicht unmöglich. (SCMP, Internetausgabe, 22.5.00)

Anzeichen dafür, dass er einstweilen wenig wird ausrichten können, zeigten sich rasch. Kaum zehn Tage nach seiner mutigen Kriegserklärung war er in einem zentralen Punkt seines Aktionsplanes zu einem Rückzieher genötigt: Er hatte die existierende umstrittene Untersuchungsbehörde in spezialisierte, schlagkräftige Einheiten reorganisieren wollen; darunter sollte nach Hongkonger Vorbild eine unabhängige Antikorruptionseinheit sein. Leitende Beamte hatten sich bereits vor der Amtseinführung des Justizministers öffentlich gegen diese Pläne ausgesprochen. Chen warf sie nun völlig um, angeblich auf Grund besserer Einsicht. (www.taipeitimes.com, 24.5.00; FT, 31.5.00)

Ein Punkt, in dem Chen Ding-nan jedenfalls keine Obstruktion befürchten muss, ist sein erklärter Unwille, die Todesstrafe abzuschaffen, die in Taiwan noch eifrig angewendet wird - 24 mal im vergangenen Jahr. (taipeitimes.com, 17.6.00) Laut seinen Angaben wird die Beibehaltung der Todesstrafe von 70% der Bevölkerung befürwortet, und unter Justizbeamten seien es gar 88%. (CNAT, nach SWB, 29.5.00) Auch wenn Chen Ding-nan sich generell nicht für die Verschärfung von Strafen, sondern vielmehr für bessere Polizeiarbeit zur Aufklärung von Verbrechen und eine konsequentere Anwendung bestehender Gesetze ausspricht, enttäuscht seine Position zur Todesstrafe alle diejenigen, die sich vom modernen Taiwan ein konsequenteres Eintreten für Menschenrechte erhofften. Zugleich widerspricht seine Politik zweifellos den von Präsident Chen Shui-bian in seiner Antrittsrede dargelegten Grundsätzen und Zielen, wonach sich Taiwan im Bereich der Menschenrechte international profilieren möchte. Der Präsident äußerte zur Todesstrafe denn auch eine andere Einstellung als sein Justizminister und erklärte, die Abschaffung der Todesstrafe sei weltweit ein Zug der Zeit. (www.taipeitimes.com, 24.4., 29.4.00)

## 9 Atomenergie

Mit ihren ökologischen Grundpositionen profilierte sich die DPP schon früh auch als Antiatompartei. Insbesondere lehnte sie den Bau des vierten taiwanischen Kernreaktors ab, der seit März 1999 beim nordtaiwanischen Küstenstädtchen Gongliao im Bau ist. (Vgl. C.a., 1999/3, Ü 43) Nun, nach dem Machtwechsel, leben bei Taiwans Kernkraftgegnern die Hoffnungen wieder auf, die Fertigstellung des neuen Atomkraftwerks ließe sich doch noch aufhalten. Dies zu tun zählte zu den Wahlversprechen des neuen Präsidenten.

Wie es aussieht, wird er die Erwartungen seiner Wähler schwerlich erfüllen können, und falls doch, wird es sehr teuer. Von dem 5,3 Mrd. US\$ schweren Projekt sind bislang rund 30% fertig, von der Investitionssumme wurde ein gutes Viertel bereits verbaut, und für ein weiteres Viertel wurden die Aufträge vergeben. Der ganze Komplex wird durch das fehlende Entsorgungskonzept für Taiwans Atommüll besonders kompliziert. (FT, 14.4.00)

Bereits Anfang Mai, über zwei Wochen vor dem Regierungswechsel, brachten 40 Parlamentarier einen überparteilichen Antrag auf vorläufige Aussetzung des Weiterbaus ein, scheiterten jedoch an der KMT-Mehrheit. (CNAT,



nach SWB, 9.5.00) Mitte Mai fand in Taipei eine erneute Demonstration gegen das Kraftwerksprojekt statt. (www.taipeitimes.com, 14.5.00) Der neue Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) hatte sich bereits zuvor für ein drei- bis sechsmonatiges Moratorium ausgesprochen, während dessen Sinn und Unsinn des Projektes sowie die eventuellen Kosten seiner endgültigen Beerdigung erneut überprüft werden sollten. (SCMP, Internetausgabe, 3.5.00)

Womöglich noch mehr als bei anderen Themen zeigt das Reaktorbauvorhaben die erhebliche Diskrepanz auf, die sich zwischen den Erwartungen an die neue Regierung und ihren Möglichkeiten auftut. Angesichts der Parlamentsmehrheiten scheint es ausgeschlossen, dass die Regierung einen Baustopp des vierten Atommeilers durchsetzen könnte.

## 10 Schlussbemerkungen

Auch wenn es für eine Zwischenbilanz zu früh ist, zeichnen sich für die neue Regierungspolitik doch bereits bestimmte Linien ab.

Chinapolitisch tut sich zunächst nicht viel, was gut ist, denn es bedeutet zunächst einmal Ruhe entlang der Taiwanstraße. Präsident Chen hat gegenüber der VR China bereits ein außerordentliches Entgegenkommen gezeigt, ohne dass dies von der Gegenseite entsprechend gewürdigt worden wäre. Sofern sich in Beijing nicht noch die Falken durchsetzen, müsste dort schließlich doch die Einsicht Fuß fassen, dass eine flexiblere Politik, die nicht mehr auf dem Nachbeten von Ein-China-Formeln besteht, der Annäherung zwischen beiden Seiten nur förderlich sein kann. Vielleicht findet sich dort auch einmal ein mutiger Berater, der Jiang Zemin Chen Shui-bians Handlungsspielraum erläutert. Am ehesten könnte der WTO-Beitritt beider Seiten neue Impulse bringen.

Innenpolitisch wird es mit dem bereits erklärten Krieg gegen die „Politik des Schwarzen Goldes“ nicht so rasch vorangehen, wie die Wählerschaft und der Justizminister hoffen. Im Gegenteil wird der Justizminister froh sein müssen, wenn ihm gegen die KMT-Mehrheit im Parlament überhaupt etwas gelingt, das den DPP-Stempel trägt. Es könnte für ihn auch schlimmer kommen.

In den anderen Politikbereichen, in denen die DPP eine andere Position vertritt als die KMT, wird es für Chen Shui-bian ebenfalls schwierig. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass beispielsweise die versprochene Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden so rasch nicht zu machen ist. Allerdings wird sich die KMT-Mehrheit nicht in allen Fragen querlegen können. Gegen eine solche Obstruktionspolitik spricht nicht nur die parteienübergreifende Zusammensetzung des Kabinetts, sondern auch die Angst der KMT, bei der nächsten Wahl die Quittung dafür zu bekommen. Da beide Parteien, DPP und KMT, bestrebt sein werden, sich rechtzeitig vor der nächsten Wahl zu profilieren, bleibt der jetzigen Regierung nicht viel an größeren Projekten, die sie überhaupt einvernehmlich auf den Weg bringen kann. Am günstigsten scheinen die Voraussetzungen für gemeinsame Positionen noch in der Wirtschafts- und in der Chinapolitik. Zumindest bis zu den nächsten Parlamentswahlen ist insgesamt daher

mit mehr Kontinuität als mit Reform zu rechnen. Chen Shui-bian und seine Anhänger werden zufrieden sein müssen, wenn wenigstens die Richtung stimmt.